

Braunkohlentag 2002

16. Mai 2002, Bonn

Perspektiven der deutschen **Braunkohlenindustrie**

Dipl. Kfm. Berthold Bonekamp

Vorsitzender des Vorstandes des DEBRIV

Sperrfrist: 16. Mai 2002, 18.00 Uhr

Text auch im Internet unter

www.braunkohle.de

Presseinformationen

Es gilt das gesprochene Wort!

Einstieg/Begrüßung

Auch ich darf Sie herzlich willkommen heißen.

Jeder von uns hat es in seiner Arbeit schon einmal erlebt: Er fühlte sich in die Zange genommen – von Sachzwängen, von gewichtigen Argumenten oder wichtigen Diskussionsbeiträgen. Mit Blick auf die Tagesordnung und meine Vor- und Nachredner stelle ich fest: Auch ich stecke heute Abend in einer Zange zwischen Politik und Wissenschaft. Aber darüber freue ich mich: Zum einen, weil wir so kompetente Vertreter der jeweiligen Zunft als Referenten gewinnen konnten. Zum anderen, weil ich als DEBRIV-Vorsitzender den Versuch unternehmen kann, energiewirtschaftliche Bindung zwischen energiepolitischer und energiewissenschaftlicher Kompetenz herzustellen.

Einleitung

In diesem Sinne möchte ich heute Abend zunächst einen kurzen Rückblick auf die Zeit seit dem Braunkohlentag 2001 in Halle werfen. Danach werde ich – anknüpfend an der oft kontroversen energiepolitischen Diskussion – in einigen Thesen Position zu den Perspektiven unseres Wirtschaftszweiges beziehen.

Lassen Sie mich also zunächst mit dem Rückblick auf das Jahr 2001 beginnen. Beim letzten Braunkohlentag in Halle konnte ich die Feststellung treffen, dass das neue Jahrzehnt für die Braunkohlenindustrie gut begonnen hat. Ich freue mich, dass ich diese Aussage heute mit Blick auf das vergangene Jahr wiederholen und bekräftigen kann.

Die Braunkohlenförderung ist 2001 erneut gestiegen und zwar um gut 4 % auf nunmehr 175 Mio. t. Der Absatz in den Strom- und Fernwärmemarkt wuchs von rd. 155 auf rd. 163 Mio. t. In den Revieren Mitteldeutschland und Lausitz trugen dazu vor allem die 2000 fertiggestellten Neubaukraftwerke Lippendorf und Boxberg maßgeblich bei.

In Summe gingen 93 % der Braunkohlenförderung in die Kraftwerke zur Strom- und Wärmeerzeugung. Der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung hat sich damit nach 24,7 % in 1999 und 26,3 % in 2000 auf 27,4 % im Jahr 2001 erhöht.

Diese erfreuliche Tendenz setzt sich auch im neuen Jahr fort. Bis April stiegen die Förderung und der Absatz in den Strom- und Fernwärmemarkt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2 %. Gleiches erwarten wir für das gesamte Jahr 2002.

Auch die Strompreise haben sich inzwischen wieder etwas erholt. Während Grundlaststrom auf der für uns maßgeblichen Großhandelsstufe 1999 und 2000 deutlich unter 2 €/kWh notiert

worden waren, wurde für die ersten vier Monate des Jahres 2002 ein Durchschnittspreis von knapp 2,4 €/kWh ermittelt.

Auch die Forwards für die Kalenderjahre 2003 und 2004 bewegen sich in dieser Größenordnung. Die Preise liegen damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau vor der Liberalisierung des Strommarktes. Wettbewerbs- und Kostendruck halten also unvermindert an.

Arbeitsdruck und Arbeitsdichte in den Unternehmen haben sich weiter erhöht. Die Zahl der direkt im Braunkohlenbergbau Beschäftigten musste im vergangenen Jahr auf knapp unter 20.000 zurückgeführt werden. Das Ende des notwendigen Personalabbaus ist damit in Sichtweite. Die verbleibenden Arbeitsplätze sind wettbewerbsfähig und zukunftsträchtig.

Ich kann heute auch feststellen: Weil sich unsere Unternehmen in allen Revieren den Herausforderungen des Marktes erfolgreich gestellt haben, geht die Braunkohlenindustrie gestärkt aus der Liberalisierung hervor. Sie nimmt schon heute eine Spitzenposition in der deutschen Stromerzeugung ein. Die Chancen, diese zu festigen und auszubauen, stehen gut.

Auch auf Unternehmensseite war das Jahr 2001 wieder sehr ereignisreich. Modernisierung und Neustrukturierung bleiben in den Unternehmen auf der Tagesordnung. Hierzu einige Beispiele: Von außerordentlicher Bedeutung, nicht nur für das Lausitzer Revier, sondern für die gesamte Stromwirtschaft in Deutschland, war der Zusammenschluss von LAUBAG, VEAG, HEW und Bewag zu Vattenfall Europe. Im Rheinland ist der Bau des BoA-Kraftwerks in Niederaußem gut vorangekommen, es wird im Herbst den Probetrieb aufnehmen. In Mitteldeutschland konnte bei ROMONTA das Management Buy Out erfolgreich abgeschlossen werden. Bei MIBRAG wurde für die langfristige Kohleabnahme durch das Kraftwerk Schkopau mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums eine tragfähige Lösung gefunden. Mit dem Baubeginn der neuen REA für das Kraftwerk Buschhaus wurde im Helmstedter Revier eine wichtige Entscheidung zur längerfristigen Sicherung der Braunkohlenstromerzeugung getroffen.

Unsere Arbeit wird bestimmt von den energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen. Im Rückblick auf das Jahr 2001 kann ich feststellen, dass in der energiepolitischen Debatte Aspekte wie "Verfügbarkeit, Preisstabilität und inländische Wertschöpfung" an Stellenwert gewonnen haben. Auch unsere Kritiker kommen nur schwer daran vorbei, dass die Braunkohle vor diesem Hintergrund unbestreitbare Vorzüge zu bieten hat.

In zugespitzter Weise wurde diese Debatte im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland geführt. Die ursprünglich geplante Quote für KWK-Strom hätte, gemeinsam mit einer Kaufverpflichtung für erneuerbare Energien etwa ein Drittel des Strommarktes erfasst. Stromkunden wären mit zweistelligen Milliardenbeträgen

belastet, der Marktzugang für wettbewerbsfähigen Braunkohlenstrom erheblich eingengt worden. Sehr geehrte Frau Dr. Möller, ich möchte an dieser Stelle dem Herrn Bundeswirtschaftsminister und seinem Hause aber auch Ihnen im Namen der deutschen Braunkohlenindustrie noch einmal herzlich für das Engagement in dieser politischen Auseinandersetzung danken. Ohne Ihren Einsatz wäre der jetzt erreichte Kompromiss, mit dem alle Seiten leben können, nicht möglich gewesen.

Unseren entschiedenen Widerstand finden die Pläne der EU-Kommissarin Wallström für ein Emission Trading. Gewollt ist offenbar eine Luftbewirtschaftung durch bürokratische Maßregelung. Dies steht im direkten Gegensatz zu unserer Auffassung von einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen Politik und Wirtschaft. Ich werde auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen.

Meine Damen und Herren,
am Anfang des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Aufgabe, die Strategien für die nächsten Jahrzehnte festzulegen. Die Braunkohlenindustrie beteiligt sich aktiv an der Debatte. Hierzu einige Thesen:

These 1

Das Thema Versorgungssicherheit gewinnt an Bedeutung. Heimische Braunkohle leistet einen wesentlichen Beitrag.

Es ist eine gefährliche Illusion anzunehmen, in Deutschland und im zusammenwachsenden Europa spiele das Thema Versorgungssicherheit keine Rolle mehr. Im Gegenteil: Das Problem drängt mit Macht auf die energiepolitische Tagesordnung zurück.

Die Einfuhrquote der Bundesrepublik wird sich nach einer Studie von Prognos/EWI in 20 Jahren von heute etwas mehr als 60 auf beinahe 75 % erhöhen. Auch die Energieimport-Abhängigkeit der EU wird steigen. Das Grünbuch der EU-Kommission nennt dazu Fakten: Wenn nichts unternommen wird, müssen in 30 Jahren rd. 70 % des Primärenergiebedarfs durch Importe gedeckt werden. Trotz florierendem Handel auf offenen Märkten bleibt Fakt: Der Löwenanteil der verfügbaren Energievorräte liegt in Weltregionen, die von politischen Konflikten und allen damit verbundenen Problemen und Risiken geprägt werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt neues Gewicht, dass die Nutzung heimischer Braunkohle eine Chance bietet, die vielfältigen Verfügbarkeits- und Preisrisiken auf den Weltenergiemärkten zu begrenzen. Inzwischen wird dies auch auf den Kapitalmärkten goutiert. Die Analystenszene bewertet positiv, wenn Unternehmen der Stromwirtschaft in gewissem Umfang über eine eigene Rohstoffbasis und eigene Erzeugungskapazitäten verfügen. Dies bietet Versorgungssicherheit zu langfristig kalkulierbaren Bedingungen. Dazu mag auch beigetragen haben, dass nach dem Enron-Crash Chancen und Risiken des Energiehandels realistischer betrachtet werden.

Auch bei meinen Ausführungen zur zweiten These möchte ich eine weit verbreitete Fehleinschätzung relativieren: Die These lautet:

These 2

Aufgrund der langfristigen Kapitalbindung erfordern Kraftwerksneubaute n besondere Investitionssicherheit. Dies gilt auch für die Braunkohle.

Dem ein oder anderen hier im Saal mag diese These banal erscheinen, aber: In der energiepolitischen Debatte wird denjenigen, die Planungs- und Investitionssicherheit einfordern, oft entgegen gehalten: Die Frage stellt sich doch gar nicht. Wir haben schließlich gewaltige Überkapazitäten in der Stromerzeugung. Diese Argumentation greift zu kurz. Zur Deckung der wachsenden Stromnachfrage wird erheblicher Zubau von Kraftwerkskapazität notwendig. Diese Neubau- und Investitionsentscheidungen stehen jetzt an. Denn mit fortschreitender Marktöffnung werden die Überkapazitäten schnell verschwinden. Jeder kann beobachten, mit welcher Dynamik dieser Prozess abläuft. Das EU-Grünbuch nennt auch dazu harte Fakten: In den nächsten beiden Jahrzehnten wird es notwendig sein, Kraftwerkskapazitäten von 200.000 MW zuzubauen, nur um die wachsende Stromnachfrage zu befriedigen. In der gleichen Größenordnung müssen in diesem Zeitraum neue Kraftwerke ans Netz gehen, um vorhandene Altanlagen zu ersetzen. Ineffiziente unwirtschaftliche Strukturen werden also effizienten, wettbewerbsfähigen Kraftwerken weichen. In erheblichem Umfang macht dies auch den Bau neuer Braunkohlenkraftwerke notwendig. Betrachtet man die langen Planungs- und Genehmigungszeiträume wird klar, dass wenig Zeit für die notwendigen Investitions- und Neubauentscheidungen gegeben ist. Dabei gilt eine einfache Formel: Je langfristiger eine Investition angelegt wird, um so geringer ist die Sicherheit, dass die investierte Summe auch mit Zinsen wieder erwirtschaftet wird. Ein Unternehmer begegnet dem, in dem er einen erhöhten Zinssatz als Risikoprämie einkalkuliert. Daraus folgt ein einfacher Dreisatz: Je unsicherer die Rahmenbedingungen, je höher ist die Risikoprämie, um so geringer fällt die Investitionsbereitschaft aus. Die Konsequenz ist heute schon in manchen Bereichen der Industrie sichtbar: Dies kann zu Investitionsstaus und Investitionsverlagerungen führen.

Leider muss ich feststellen: Auf dem Wege zur notwendigen langfristigen Planungs- und Investitionssicherheit gibt es noch einige Baustellen. Lassen Sie mich dazu zwei Beispiele nennen:

- Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Binnenmarktrichtlinien für Strom und Erdgas sowie ihrer jeweiligen Umsetzung in nationales Recht, haben wir es auf dem Papier mit einer EU-weiten Wettbewerbsordnung zu tun. Die Realität sieht anders aus: Es besteht ein eklatantes Wettbewerbsgefälle zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Während Deutschland und England den Energiemarkt zu 100 % geöffnet haben, hält sich insbesondere Frankreich sowohl bei Strom als auch bei Erdgas beharrlich an die von den EU-Richtlinien als Mindestmaß vorgegebene Marktöffnung. In Italien, Portugal und Belgien sieht es nicht viel

besser aus. Ein fairer Wettbewerb auf dem Strommarkt setzt die Beendigung dieses unhaltbaren Zustandes voraus.

- Auch wenn mit dem Angebot der Wirtschaft für eine Selbstverpflichtung zum Klimaschutz und zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung gesetzliche Quotenregelungen verhindert werden konnten, setzen Teile der Politik - insbesondere das Grüne Spektrum – erkennbar weiter auf regulative Eingriffe in den Markt. Für die Wirtschaft führt dies in Summe an die Grenze des Vertretbaren. Durch Ökosteuer, Erneuerbare Energien-Gesetz und das neue KWK-Gesetz summieren sich die politischen Sonderlasten auf Strom in diesem Jahr auf 7 Mrd. €. Damit kommen in 2002 weniger als 15 % der durch die Liberalisierung des deutschen Strommarktes erreichten Kostensenkungen von rund 8 Mrd. € beim Verbraucher an. Eine solche umfassende Re-Regulierung nach einer als sinnvoll erkannten Deregulierung kann nicht zu vernünftigen Ergebnissen führen.

Meine Damen und Herren,

sorgenvoll schauen Politiker und Volkswirte in diesen Monaten immer wieder auf das Konjunkturbarometer. Ist die Rezession endlich überwunden, wird der Konjunkturmotor wieder richtig anspringen, oder wird er durch kritische Entwicklungen gleich wieder abgewürgt?

Vor diesem Hintergrund und so viel Ungewissheit kann ich für unseren Industriezweig eine gesicherte Feststellung treffen und möchte dies in Form von These 3 tun:

These 3

Die Energiewirtschaft ist eine Schlüsselindustrie für ökonomischen Erfolg. Preiswerter Braunkohlestrom stabilisiert die Volkswirtschaft.

Ich räume ein: Diese These hat keinen Neuigkeitswert, aber meine Damen und Herren: In der energiepolitischen Kontroverse ist der ökonomische Nutzen der Braunkohle ein schwer zu schlagendes Argument. Deshalb können wir diese Trumpfkarte gar nicht oft genug spielen. Sie sticht gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, denn: Die Energiewirtschaft ist – zumal in einem Industrieland – eine Schlüsselindustrie für ökonomischen Erfolg, Arbeit und Wohlstand. Wir haben heute gerne gehört, welch hohen struktur- und beschäftigungspolitischen Stellenwert auch die Bundesregierung der Braunkohlenindustrie zumisst. Lassen Sie mich dazu an dieser Stelle noch einmal einige Eckpunkte aufführen:

- Unsere Braunkohle ist der bedeutendste heimische Energieträger. Sie ist und bleibt eine tragende Säule der Stromerzeugung. Die Braunkohle leistet diesen Beitrag als international wettbewerbsfähiger Energieträger aus eigener Kraft. Das heißt: Sie kommt ohne Subventionen aus und zahlt Steuern.
- Preiswerter Braunkohlenstrom ist ein wichtiger Standortfaktor. Die großen Anstrengungen in unserem Industriezweig, Kosten zu senken und die Kostenführerschaft im Bereich der

Grundlaststromerzeugung zu erreichen, führen mittelbar dazu, dass stromintensive Produktion in Deutschland erhalten bleiben kann. Dazu einige Zahlen: 12 % der Industrieproduktion sind mit Energiekosten von mehr als 5 % belastet. Ein wesentlicher Teil der industriellen Energiekosten entfällt auf Strombezüge. Günstige Strompreise sind deshalb für die energieintensive Industrie, in der ca. 1,5 Mio. Menschen arbeiten, ein entscheidender Standortfaktor. Dazu trägt die Braunkohle in erheblichem Umfang bei.

- Die Braunkohlegewinnung und –verstromung sichert im Bundesgebiet ca. 60.000 Arbeitsplätze. Anders als Importenergien entfaltet sie auf der gesamten Wertschöpfungskette ihren Nutzen für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit im Inland. Sie hat also große Standortrelevanz – auch und gerade für Arbeitsmarkt und soziale Strukturen.

Meine Damen und Herren,

Einordnung und Bewertung dieser Eckpunkte führen logisch zu meiner vierten These.

These 4

Ein sinnvoller Energiemix optimiert die spezifischen Vorteile der einzelnen Energieträger. Braunkohle wird ihre wichtige Position behaupten.

Eine nüchterne, selbstkritische Analyse der aktuellen Diskussion hat zunächst einmal zum Ergebnis: Uns bläst bei der Debatte über den Energiemix der Zukunft ein kräftiger Wind ins Gesicht. Je nach Interessenlage oder auch ideologischer Ausrichtung werden Konzepte propagiert, die den Ausstieg aus Kohle und Kernenergie durch verstärkten Erdgaseinsatz und den massiven Ausbau regenerativer Energien möglich machen sollen.

Dabei werden meiner Meinung nach Risiken kleingeredet und unerfüllbare Erwartungen geweckt. Ich möchte dies exemplarisch mit einigen energiewirtschaftlichen Argumenten belegen.

Zunächst zum Gas:

Niemand wird bestreiten, dass Erdgas für den Einsatz im Wärmemarkt, in Haushalten und in wirtschaftlich sinnvollen KWK-Anlagen über hervorragende Wachstumsperspektiven verfügt. Es kann aber nicht sinnvoll sein, die vielfältig nutzbare und notwendige Edelenergie Erdgas in Grundlastkraftwerken zu verstromen. Diejenigen, die im Erdgasimport den Königsweg für die künftige Energieversorgung sehen und Grundlaststromerzeugung aus Kernenergie und Braunkohle durch Erdgas ersetzen wollen, müssen sich klar machen: Die ohnehin hohe Importabhängigkeit würde sich dramatisch vergrößern. Eine natürliche Marktreaktion auf solche Nachfragesteigerungen wären Preisschübe, die Strom aus Erdgas – jedenfalls für Großabnehmer – unbezahlbar machen würden. Schließlich würden solche Importmengen notwendig machen, immer entferntere und auch nur teuer erschließbare Lagerstätten in Anspruch zu nehmen. Im Ergebnis würde also ein wettbewerbsfähiger heimischer Energierohstoff durch wesentlich teurere importierte Energie ersetzt. Welche Auswirkungen das für Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt haben würde, muss ich an dieser Stelle wohl nicht weiter ausführen.

Auch zum Thema Erneuerbare Energien einige Fakten: Für Forschung und Förderung im Bereich der regenerativen Energien wurden seit Mitte der siebziger Jahre Milliardenbeiträge an Steuermitteln eingesetzt. Hinzu gerechnet werden müssen die nach Stromeinspeisegesetz bzw. nach EEG erhobenen Zwangsbeiträge. – Wir reden hier über inzwischen über mehr als 1 Mrd. € pro Jahr mit rasant steigender Tendenz. Trotz dieser gewaltigen Summen ist ein wirtschaftlicher Durchbruch der erneuerbaren Energien nicht absehbar. Das hat physikalische Gründe und daran können auch noch höhere Forschungs- und Förderbudgets im Prinzip nichts ändern. Der entscheidende Punkt ist, dass die erneuerbaren Energien im Gegensatz zu fossilen und nuklearen Energiequellen nicht mengenbegrenzt sondern leistungsbegrenzt sind. Zudem können Wind- und Sonnenenergie durch ein natürlich zyklisches Auftreten keinen Beitrag zu einer unterbrechungsfreien Energieversorgung leisten. Es ist deshalb einfach nicht seriös, wenn - insbesondere vom Grünen Spektrum - theoretische Potenziale von erneuerbaren Energien mit realisierbaren Nutzungsmöglichkeiten gleichgesetzt werden. Und auch noch eine Anmerkung zu den Kosten. Die Erzeugung von Strom auf Basis von Windenergie ist drei- bis fünfmal so teuer wie die Stromerzeugung aus Kohle. Ein einfaches Beispiel rückt die Relationen zurecht: Wir haben im Rheinland durch Retrofit-Maßnahmen, das heißt also wirkungsgradsteigernde Umbauten an den Turbinen unserer Kraftwerke, zusätzliche Kapazitäten von etwa 250 MW erschlossen. Das hat etwa 250 Mio. € gekostet. Diesen Effekt mit Windkraftanlagen zu realisieren würde bedeuten: Wir müssten die Autobahnen von Köln bis kurz vor München mit etwa 2.000 Großwindrädern verspargeln und dafür etwa 1 Mrd. € aufwenden. Zusätzlich müsste die Stromproduktion in diesem Windkraftpark jährlich mit Einspeisevergütungen in 3-stelliger Millionenhöhe subventioniert werden. Ich glaube, die Limitierung der Möglichkeiten regenerativer Energien wird an diesem Beispiel deutlich. Deutlich wird auch, dass es unbezahlbar ist, durch Subventionen oder Zwangsbeiträge für den Ausbau von erneuerbaren Energien Grundlaststromerzeugung aus Braunkohle zu ersetzen. Um nicht missverstanden zu werden: Die Nutzung erneuerbarer Energien ist sinnvoll und notwendig, aber die Diskussion muss angesichts der Chancen und Risiken redlich geführt werden.

Ich habe mich bei den Überlegungen zu einem sinnvollen Energiemix bislang bewusst auf ökonomisch/technische Argumentation beschränkt. Die Braunkohle stellt sich darüber hinaus aber auch der Frage nach ihrer ökologischen Verantwortbarkeit. Dies führt zu meiner fünften These.

These 5

Nur ökonomisch belastbare Strukturen sind langfristig ökologisch tragfähig. Braunkohle ist auch unter Umweltaspekten verantwortbar.

Ich möchte zunächst an das anknüpfen, was Sie Frau Dr. Möller vorhin zum "Zieldreieck der Energiepolitik" gesagt haben. Wir stimmen mit Ihnen zu 100 % darin überein, dass der

Nachhaltigkeitsgedanke nicht einseitig auf Umwelt- oder Klimaschutz verkürzt werden kann, sondern gleichrangig auch Wirtschafts- und Sozialverträglichkeit voraussetzt. Alles andere könnte auch nicht zu sinnvollen Lösungen führen, denn: Nur ökonomisch tragfähige Strukturen sind langfristig auch ökologisch und sozial belastbar.

Doch nun zur Debatte über die **Ökologieverträglichkeit** der Braunkohle, die aktuell von klimapolitischen Vorzeichen geprägt wird:

Fast in Vergessenheit darüber ist geraten, dass unser Industriezweig im Westen in den 80er Jahren und im Osten in den 90er Jahren Milliardensummen dafür aufgewandt hat, den Kraftwerkspark zu entschwefeln und zu entstickten. Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist, dass wir heute für uns in Anspruch nehmen können: In Deutschland arbeiten die modernsten und saubersten Braunkohlekraftwerke der Welt.

Weltweit vorbildlich ist auch die Rekultivierung, die unser Industriezweig als Ausgleich für die Landinanspruchnahme durch den Bergbau leistet. Wir haben bewusst das Ziel unserer morgen stattfindenden Exkursion "100 Jahre Rekultivierung im Südrevier" gewählt, um Ihnen diesen Aspekt zu verdeutlichen.

Doch nun zum Klimaaspekt. Auch an dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen: Die Braunkohlenindustrie bekennt sich zu vorsorgendem Klimaschutz. Sie setzt dabei auf technische Effizienzsteigerung und das Prinzip der Eigenverantwortung.

Die Bilanz der klimapolitischen Vorsorge unserer Branche kann sich sehen lassen: Durch Neubau und Ertüchtigung des Braunkohlenkraftwerksparks in Deutschland wurde die Effizienz der Anlagen kontinuierlich gesteigert – der CO₂-Ausstoß kontinuierlich gesenkt. Ausdruck unseres Bekenntnisses zu Eigenverantwortlichkeit ist das Engagement im Rahmen des "Aktionsprogramms Klimaschutz" der deutschen Wirtschaft.

Diese weitreichende Selbstverpflichtung wird durch den eingangs erwähnten dirigistischen Ansatz der EU-Kommission gefährdet.

Die EU-Pläne haben auch in der Sache erhebliche Schwächen. Anders als vom Kyoto-Protokoll vorgesehen, knüpfen sie die vorgeschriebenen Maßnahmen isoliert an CO₂ an und lassen alle anderen Klimagase außer Acht. Außerdem werden die Reduktionslasten ausschließlich der Energieindustrie und den energieintensiven Industrien aufgebürdet. Dies träfe also Bereiche der Industrie, die im internationalen Wettbewerb mit Ländern stehen, die ihre Wirtschaft weniger mit Klimaschutzanforderungen belasten als die EU. Ob und in welchem Umfang Vorleistungen oder flexibler Klimaschutz außerhalb der EU angerechnet wird, bleibt völlig offen.

Frau Dr. Möller, Sie haben für das Bundeswirtschaftsministerium eine klare Positionierung zum Emissions Trading vorgetragen. Sie macht überflüssig, dass ich auf weitere Details der EU-Pläne eingehe. Nur so viel: Jede Ihrer Forderungen an die EU-Kommission kann ich für die Braunkohlenindustrie nur unterschreiben.

Dennoch ist unverkennbar, dass die Kommission an der Richtlinie bisher im wesentlichen festhält und kaum Bereitschaft zum Einlenken erkennen lässt. Angesichts des Fahrplans auf EU-Ebene besteht Handlungsbedarf jetzt. Deshalb ist eine klare deutsche Positionierung in Brüssel jetzt erforderlich. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Kohle und zu Gunsten von Erdgas werden billigend in Kauf genommen.

Dabei ist es klimapolitisch nicht zielführend, einen fossilen Energieträger durch einen anderen zu ersetzen.

Dafür nur zwei Argumente: Will man die Klimawirksamkeit eines Energieträgers beurteilen, greift es zu kurz, ausschließlich die Verstromung im Kraftwerk zu betrachten. Entscheidend für die Bewertung ist vielmehr die Gesamtemissionsbilanz, die von der Förderung über den Transport bis zum Einsatz im Kraftwerk reicht. Im Vergleich des Bereitstellungswirkungsgrades von Braunkohle und Erdgas aus entfernten Lieferregionen, denn daher müssten die zusätzlich benötigten Mengen importiert werden, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Für einen fairen Vergleich ist es auch notwendig, neben CO₂ das Klimagas Methan in die Betrachtung mit einzubeziehen. Tut man dies und berücksichtigt die Methanverluste bei der Erdgasförderung sowie den Energieaufwand für den Pipelinetransport, relativieren sich die Unterschiede in der Klimawirksamkeit. Und gestatten Sie mir noch einen Hinweis auf ein aktuelles Beispiel für die Fragwürdigkeit der Substitution von heimischer Kohle durch Gasimporte. Wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen bereits im letzten Jahr mitgeteilt hat, strebt die russische Regierung eine wesentliche Erhöhung der Kohleverstromung an, um damit zusätzliche Gasmengen für den Export nach Zentraleuropa bereitstellen zu können. Was bedeutet das klimapolitisch? Dieser Sachverhalt macht deutlich, dass man globale Probleme nicht lösen kann, in dem man sie von einer in eine andere Region exportiert – erst recht nicht, wenn Produktionskapazitäten in Gebiete mit weniger effizienter Kraftwerkstechnik verlagert werden. Auf Gasimporte zu Substitution von Kohleverstromung in der Grundlast zu setzen, macht Deutschland also nicht ökologischer, es macht unser Land nur ärmer.

Insgesamt ist also festzustellen: Es ist an der Zeit, mit der Legende vom "Schmuddelkind Braunkohle als Klimakiller Nr. 1" aufzuräumen. Ökologisch bringt die Diffamierung unserer Braunkohle nichts; ökonomisch wäre sie verheerend.

Meine Damen und Herren,
ich habe in meinem Vortrag ausgeführt, welchen Nutzen die Braunkohle für eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung entfaltet. In der Konsequenz dieser Argumentation steht meine These Nr. 6.

These 6

Im zusammenwachsenden Europa ändert sich das Energieportfolio. Die Bedeutung der Braunkohle im Europa der Zukunft steigt.

Wie stellt sich die Zukunft der Braunkohle auf europäischer Ebene dar? In Zentraleuropa ist Braunkohle der einzig wirtschaftlich gewinnbare Energieträger mit ausreichender Verfügbarkeit. Jährlich werden dort rund eine halbe Milliarde t Braunkohle gefördert. Das entspricht ca. 60 % der weltweiten Produktion. Wie in Deutschland, ist Hauptabsatzgebiet der Braunkohle auch auf europäischer Ebene die Stromerzeugung. In der heutigen EU beruhen immerhin fast 8 % der Stromproduktion auf dem Einsatz von Braunkohle. Betrachtet man Europa insgesamt – ohne die GUS-Staaten – steigt dieser Anteil auf 12,5 % an. Diese Erhöhung ergibt sich durch die starke Position der Braunkohle in den Staaten Mittel- und Südosteuropas, die an der Schwelle zum EU-Beitritt stehen. In Ungarn wird wie in Deutschland jede vierte Kilowattstunde aus Braunkohle produziert. In anderen Staaten ist der Beitrag der Braunkohle zur Elektrizitätsversorgung noch deutlich höher. Dies gilt beispielsweise für Polen mit einem Anteil von einem Drittel, für Tschechien, Griechenland und Jugoslawien mit jeweils zwei Dritteln und höher sowie Mazedonien, wo sogar mehr als drei Viertel des Stroms aus Braunkohle erzeugt werden. Braunkohle ist also ein Energieträger von europäischem Rang.

Die Braunkohlenindustrie trägt dem auch Rechnung, in dem sie sich für die Vertretung gemeinsamer Interessen auf europäischer Ebene aufstellt. Im Dezember trafen in Berlin Spitzenvertreter der europäischen Braunkohlenindustrie zusammen, um gemeinsame Aktivitäten in Brüssel abzustimmen. Brüssel rückt auch für unseren Industriezweig immer näher und die dort getroffenen Entscheidungen beeinflussen unsere Zukunft ganz maßgeblich.

Am Beginn der europäischen Einigung stand im Juli 1952 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, kurz EGKS. Dieser Vertrag läuft in diesem Sommer nach 50 Jahren aus. Damit beginnt auch ein neues Kapitel für die Vertretung von Kohleinteressen in Brüssel. Im nächsten Monat wollen wir zusammen mit Partnern aus der EU und den Beitrittsländern die Europäische Vereinigung für Stein- und Braunkohle, kurz EURACOAL, gründen. Damit knüpfen wir einerseits an eine jahrzehntelange Tradition Brüsseler Arbeit an, andererseits wollen wir die Basis erweitern. Mitwirken oder zur Mitwirkung eingeladen sind diejenigen Industriebereiche, die längs der Kette von der Gewinnung bis zur Nutzung der Kohle ihre wirtschaftliche Betätigung finden.

Besonderes Augenmerk kommt dabei der Kohleindustrie in den Beitrittsländern zu. Die heutige EU ist arm an Energieressourcen. Der Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn mit einer entwicklungsfähigen Kohleindustrie ist demzufolge eine Bereicherung. Im Hinblick auf die zukünftige Rolle der Braunkohle veranstaltet LAUBAG zu sammen mit DEBRIV Anfang September eine breit angelegte Konferenz unter der Überschrift „Braunkohle im europäischen Energiemarkt“.

Die wenigen Beispiele zeigen, welche Bedeutung wir der europäischen Dimension heute beimessen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte zum Schluss kommen.

Einen Königsweg für eine gleichermaßen preisgünstige wie sichere und umweltfreundlichere Energieversorgung gibt es nicht. Entsprechenden Patentrezepten und Verheißungen sollte man mit Argwohn begegnen. Vielmehr hat jeder Energieträger spezifische Vor- und Nachteile. Deshalb bietet sich ein Energiemix an, der die jeweiligen Vorteile optimiert und Nachteile minimiert.

Gestatten Sie mir ein kurzes Fazit, in dem ich die eben vorgetragenen Thesen zusammen fasse: Braunkohle leistet, gestützt auf einen wettbewerbsfähigen Kraftwerkspark, einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Sie ist ein wirtschaftlicher Positivfaktor. Ihre Nutzung ist unter Umweltaspekten verantwortbar. Weil Braunkohle damit ein Energieträger ist, dessen Gewinnung und Verwendung allen Anforderungen der "Nachhaltigkeit" in besonderer Weise gerecht wird, ist ihr Beitrag innerhalb eines sinnvollen Energiemixes unverzichtbar. Dies gilt für Deutschland wie für Europa. Die Braunkohlenindustrie ist also auf dem liberalisierten europäischen Markt gut aufgestellt. Dies gibt ihr eine sichere Perspektive. Wir sind bereit, in diesem Sinne unserer unternehmerischen Verantwortung gerecht zu werden. Allen, die uns dabei als Partner oder faire Berater begleiten, gilt unser Dank und ein herzliches

G l ü c k a u f